



Jörg Hellmuth
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Frau Prof. Didenko,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Konferenz!

Als Mitglied der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe war ich im Oktober 2015 in Kiew, Dnepropetrowsk, und Lemberg. Die Reise sollte ein nachhaltiges Signal der konstruktiven Partnerschaft des Deutschen Bundestages mit der Werchowna Rada sein und die Ukraine auf dem Weg ihrer Reformen unterstützen.

Die Parlamentariergruppe, die sich erstmals 1994 mit dem Ziel konstituierte, die Kontakte des Bundestags zu der drei Jahre zuvor unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepublik zu pflegen.

Die Abgeordneten möchten den parlamentarischen Austausch, der durch zahlreiche bilaterale Einzelkontakte unter den Parlamentsmitgliedern bereits besteht, bündeln und vertiefen.

Die Ukraine gehört nicht nur geographisch zu Europa! Unsere Völker verbinden dieselben Werte. Die Ukrainer haben immer wieder ihren Wunsch nach Demokratie und Rechtsstaat, Freiheit und guter Regierungsführung zum Ausdruck gebracht – oft mit der Europaflagge in der Hand. Die Ukraine weiter europäischen und euroatlantischen Strukturen anzunähern, ist unser gemeinsames Ziel.

Unser gemeinsames Ziel ist es, den Frieden in die Ukraine zurückkehren zu lassen. Wir arbeiten mit großem Einsatz dafür, dass der andauernde Konflikt im Donbass beigelegt wird.

Bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen leisten Deutschland und Frankreich als Vermittler im Normandie-Prozess einen entscheidenden Beitrag zu Deeskalation und Stabilisierung.

Wir wünschen uns, dass der tiefgreifende Reformprozess in der Ukraine gelingt. Eine europäische Zukunftsperspektive für die Ukraine kann es nur geben, wenn Politik, Gesellschaft und Wirtschaft modernisiert werden, Korruption bekämpft wird und es Rechtssicherheit für Investoren gibt. Der Weg dorthin ist nicht einfach, manchmal schmerzlich. Aber viele Schritte sind schon gegangen, viele positive Ergebnisse sind

bereits erreicht worden. Uns stimmt zuversichtlich, dass die ukrainische Zivilgesellschaft zu einem wichtigen Teil der politischen Prozesse geworden ist. Mehr Transparenz und substanzielle Transformation stärken gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Nachhaltigkeit der Veränderungen.

Sicherlich wird dieser Prozess immer wieder Rückschläge verkraften müssen – wie auch die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands nicht einfach waren. Die tiefgreifenden Reformen entfalten aber bereits heute ihre Wirkung und sind Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Deutschland wird die Ukraine auch weiter mit großem Engagement bei den weiternotwendigen Reformen unterstützen. Das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU ist ein wirkmächtiger Motor für Reformen und Modernisierung. Die politische Grundsatzentscheidung ist getroffen, bald könnte auch visumfreies Reisen nach Europa eine klare Möglichkeit werden.

Auch auf wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene hat sich die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine stark intensiviert. Zahlreiche Städtepartnerschaften, die Eröffnung einer deutsch-ukrainischen Handelskammer in Kiew im Oktober 2016 und das deutsch-ukrainische Sprachenjahr 2017/2018 sind nur wenige Beispiele unter vielen für die Tiefe und Vielfalt unserer Beziehungen. Ziel des deutsch-ukrainischen Sprachenjahres ist es, bestehende Kooperationen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen der beiden Länder auszubauen und neue langfristige Partnerschaften und Projekte zu initiieren. Die gemeinsamen Aktivitäten sollen in der breiten Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.

Der CDU/CSU Fraktion sind der internationale Austausch und das Bildungsprogramm Erasmus+ von besonderer Bedeutung, da sie die ideale Gelegenheit dafür bieten, der anhaltenden Europa-Skepsis konsequent vorzubeugen. Mit dem Programm Erasmus+ soll Europa für den Einzelnen "erfahrbar" werden. Das gelte für junge Menschen, egal ob Studenten, Auszubildende, Schüler oder Aktive in der Jugendarbeit, wie auch für Erwachsene, die als Fach- und Lehrkräfte in den unterschiedlichen Bildungsbereichen tätig sind. Die Koalitionsfraktionen treten dafür ein, das Programm Erasmus+ weiterzuentwickeln. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel soll die nächste Programmgeneration von Erasmus+ mit einem höheren beziehungsweise bedarfsgerechteren Gesamtetat ausgestattet werden, da bei allen Programmbereichen von Erasmus+ den Förderquoten ein tatsächlich viel höherer Bedarf gegenüberstehe.

Der Bologna-Prozess habe erfolgreich einen Europäischen Hochschulraum geschaffen und die Mobilität im Bereich Hochschulbildung und Forschung erhöht. Der Kopenhagenprozess habe den Europäischen Qualifikationsrahmen initiiert und die

Transparenz von Bildungssystemen in Europa verbessert. Mit der Weiterentwicklung des europäischen Bildungsprogramms Erasmus hin zu Erasmus+ im Januar 2014 sollte in erster Linie die transeuropäische Mobilität auf EU-Ebene für alle - also von Schülern, Lehrkräften, Ausbildern und Auszubildenden, Studenten sowie ehrenamtlich Aktiven in der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit - ermöglicht und weiter ausgeweitet werden. Um die Gesamtmobilität in der EU zu steigern, wurde das Budget von Erasmus+ für den Zeitraum 2014 bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zur Vorperiode auf 14,7 Milliarden Euro erhöht. Damit sollen mehr als vier Millionen Menschen und 125.000 Institutionen, darunter zwei Millionen Studenten, 650.000 berufliche Ausbildungen und Praktika im Ausland und 500.000 junge Menschen als Freiwillige, über 25.000 strategische Partnerschaften von Bildungsinstitutionen und 800.000 Pädagogen aus allen Arbeitsbereichen gefördert werden. Zudem leiste Erasmus+ auch einen Beitrag zur Umsetzung der neuen Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Die Regierungskoalitionen fordern zudem, die finanziellen Mittel, die im mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 für Erasmus+ vorgesehen sind, vor Zweckentfremdung zu sichern und die transeuropäische Mobilität für alle Programmbereiche von Erasmus+ auf europäischer Ebene im Hinblick auf die einzelnen Bildungsbereiche in einem ausgewogenen Verhältnis sicherzustellen und weitere Anreize für den Ausbau zu schaffen. Die wichtige Funktion von Erasmus+ solle auch als Chance für stärkere Zusammenarbeit und internationalen Austausch gerade auch mit Nicht-EU-Staaten aus dem Europäischen Hochschulraum, insbesondere aus Osteuropa, unterstützt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Hellmuth

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 11.05.2017

Jörg Hellmuth, MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-77190

Fax: +49 30 227-70190

joerg.hellmuth@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stendal:

Bismarckstraße 19

39576 Stendal

Telefon: +49 3931-4931180

Fax: +49 3931-794960

joerg.hellmuth.ma76@bundestag.de